

Sterbende Dörfer

Im Bergmannshaus schauen wir uns die Videokopie „Pattern stirbt“ an. Wolfgang Frings, der aus Pattern stammt, hat sich mit dem Film von seinem Heimatort verabschiedet. Die beeindruckende Dokumentation wurde am 20. Januar 1989 im Landesspiegel Düsseldorf erstmalig ausgestrahlt und hat an ihrer Wirkung bis heute nichts eingebüßt. Manches von dem, was der Film beschreibt, habe ich selbst gesehen. Denn jahrelang führte mich mein Weg zur Arbeitsstätte im Schulamt für den Kreis Düren durch Pattern, einen seit 1972 zu Aldenhoven gehörenden Ortsteil. Ich beobachtete täglich das langsame Sterben des Dorfes. Zugemauerte Türen und Fenster zeigten an, dass Bewohner ihr Haus verlassen hatten. In der Nachbarschaft war ein Trümmerhaufen fortgeräumt worden. Frisch eingesäte Rasenflächen bedeckten die immer größer klaffenden Lücken in den Häuserzeilen. Schließlich türmte sich an der Kirche eine Rampe auf, von der aus die Abrissbirne ihr Zerstörungswerk vollzog.

Was Menschen empfanden und dachten, die vor den riesigen Baggern weichen mussten, hat Hermann Goertz in seiner ausführlichen Nachzeichnung der kommunalen Neugliederung^{*)} am Beispiel des Ortes Langweiler geschildert, der damals zum Amtsbezirk Aldenhoven zählte. Als Amts- und Gemeindedirektor von Aldenhoven (1959 – 1983) hat er die Reaktionen der Langweiler Bevölkerung vor dem näher rückenden Tagebau miterlebt. Besonders ältere Menschen, die seit Kindertagen mit dem Heimatdorf und seinen Nachbarschaften und Vereinen eng verbunden waren, befürchteten eine Entwurzelung sowie eine emotionale und finanzielle Belastung durch den Neuanfang in fremder Umgebung. Fragen nach angemessener Entschädigung durch RHEINBRAUN, nach dem Zeitpunkt des Umzugs oder des Ausharrens in den Ruinen des Dorfes und nach dem Verbleib der verstorbenen Angehörigen bedrängten die Bürgerinnen und Bürger von Langweiler. Man wollte sich wehren, um den Erhalt der Heimat kämpfen und eine Verfassungsbeschwerde beim höchsten deutschen Gericht einreichen. Doch das Bundesverfassungsgericht wies 1963 die Beschwerde der Gemeinde Langweiler zurück.

Die Umsiedlung war unausweichlich. Die Standortwahl spielte im Kontext der kommunalen Neugliederung eine entscheidende Rolle. Hermann Goertz bemühte sich, sein Konzept einer Integration der zum Amt Aldenhoven gehörenden Dörfer in die neu zu bildende Großgemeinde umzusetzen, und warb in mehreren Ratssitzungen und Bürgerversammlungen in Langweiler für einen Umsiedlungsstandort in der Nähe von Niedermerz. Trotz dieser Präferenz wurde der betroffenen Bevölkerung zugesichert, ihren Wunsch zu respektieren. Um Klarheit in der Standortfrage zu gewinnen, fand am 1. März 1964 eine geheime Abstimmung statt, deren Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von fast 90% ein eindeutiges Votum (66,5% der Stimmen) für den Standort Kinzweiler auswies. Für den Vorschlag des damaligen Amts- und Gemeindedirektors stimmten nur 19,7%, für den Standort Warden lediglich 13,8% der Wahlberechtigten. Der Gemeinderat Langweiler fasste daraufhin den Beschluss, in die Nähe von Kinzweiler umzusiedeln.

Die kämpferische Solidarität, deren Schlagkraft in einer Interessensgemeinschaft gebündelt werden sollte, zerbrach nach und nach durch die erfolgreiche Strategie von RHEINBRAUN, einzelne Verkaufsverhandlungen zu führen. Jeder versuchte, einen günstigen Abschluss zu

^{*)} Hermann Goertz: Die kommunale Neugliederung des Amtsbezirks Aldenhoven (1966 – 1971). In: Günter Bers (Hg.): Aldenhoven: Alte Ansichten. Neue Einblicke. Schritte zur Erforschung der Ortsgeschichte. Teil I. Köln 1999, S. 353 - 394

erreichen. Die anfängliche Loyalität wich individuellen Absprachen über Entschädigungen von Haus und Boden. Insgesamt – stellt Hermann Goertz fest – hat RHEINBRAUN die Regelungen fair und großzügig abgewickelt. Heute erinnert auf rekultiviertem Land ein Gedenkstein an das Dorf Langweiler, das im Tagebau verschwunden ist..



Foto: Diether Valk